

Die Stimme

Er scheint wöchentlich
einmal: Freitags.
Anzeigen: Die Gespaltene
Borgelste 20 Pfennig.
Im Abonnement oder bei
Wiederholung entsprechend
billiger.
Schluß der Redaktion:
Dienstag Mittag.

Abonnement
vierteljährlich 1.— Mark
bei jedem Postamt und in
der Expedition.
Eingetragen in der
Post-Zeitungspreislifte.
Redaktion und Expedition:
Ulm a./Donau
Reithardtstraße 14.
Telefon 1442.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/22. — Fernruf: Amt Alexander 4720.

Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an G. Barnhoff, Ulm a. D., Reithardtstr. 14, Tel. 1442. — Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/22.

Nummer 41/42.

Ulm a. Donau, den 18. Oktober 1918.

29. Jahrgang

Inhalt: Am Morgen einer neuen Zeit. — Ehrentafel. — Ein Beitrag zur Frage des Lehrlingsmangels. — Der Arbeitsmarkt im August 1918. — Rundschau: Erhöhung „ortsüblicher“ Tagelöhne. — Aus den Gewerksvereinen: Augsburg. — Berlin-Königsstadt. — Berlin. — Rostenburg o. L. — Nürnberg. — Aus der Rechtsprechung: Unfall beim Abladen von Langholz. — Patentschau. — Literarisches. — Anzeigen.

Der neue Reichskanzler hat durch seine denkwürdige Reichstagsrede vom 5. Oktober 1918 alle diese Punkte voll übernommen und damit bewiesen, daß er von freiheitlichen und fortschrittlichen Gedanken befeuert, ein Freund des Volkes und der Menschheit sein will. In dieser seiner Programmrede hat er auch versprochen, daß das ungerechte Dreiklassenwahlrecht in Preußen verschwindet, denn die Volksherrschaft des Königs auf Einführung des allgemeinen, geheimen, direkten und gleichen Wahlrechts soll „schnell und restlos“ erfüllt werden. Freilich war ferner die Erklärung: „Die deutsche Regierung wird bei den Friedensverhandlungen dahin wirken, daß in die Verträge Vorschriften über Arbeiterschutz und Arbeitervertretung aufgenommen werden, die die vertragsschließenden Regierungen verpflichten, in ihren Ländern binnen einer bemessenen Frist ein Mindestmaß gleichartiger oder gleichwertiger Versicherungen für Leben und Gesundheit sowie zur Versorgung der Arbeiter bei Krankheit, Unfall und Invalidität zu treffen. Ich rechne bei der Vorbereitung auf den sachkundigen Rat der Arbeiterverbände sowohl wie der Unternehmer.“

Besonders wichtig für uns Arbeiter ist, daß durch kaiserlichen Erlass vom 4. Oktober 1918 bestimmt worden ist, daß die sozialpolitischen Angelegenheiten des Reiches, die bisher zum Geschäftskreis des Reichswirtschaftsamtes gehört haben, fortan von einer besonderen, dem Reichskanzler unmittelbar

unterstellt, mit der in der Ausübung des § 153 der Gewerbeordnung doch nur der allererste Schritt getan ist. Ihr schließt sich an die Regelung des Tarifvertragsrechts. Für beide Gekietete haben die im Verein mit den Gewerkschaften geübten Arbeiten der Gesellschaft für soziale Reform wertvolle Vorschläge geliefert. Dringend notwendig ist die Wiederherstellung des Arbeiterschutzes, insbesondere für Frauen und Jugendliche: Wir dürfen unter keinen Umständen diesen Raubbau an unserer Volkskraft länger fortsetzen, der uns die ohnehin schwer belastete Zukunft ganz zerstört. Und mag die harte Geldnot des Reiches auch sonst manche Reform zurückstellen zwingen, die Ausgestaltung des Arbeitsrechts und die Wiedereinführung des Arbeiterschutzes stoßen sich nicht an dieser Schranke. Zur Unterstützung des neuen Staatssekretärs im Reichsarbeitsamt schlägt Professor Brande die Einsetzung eines ständigen Ausschusses für Sozialpolitik vor. Die im Jahre 1892 eingeführte, seit etwa zehn Jahren eingestapelte, aber nicht aufgehobene Kommission für Arbeiterstatistik löse sich auf und ausbauen zu einem sozialpolitischen Beirat des Reichsarbeitsamtes. Dringend erforderlich ist die Zuweisung der Statistik für Arbeiterstatistik vom kaiserlichen Statistischen Amt an das Reichsarbeitsamt.

Am Morgen einer neuen Zeit.

Das Alte stirbt, es ändern sich die Zeiten. Der Herbststurm des fünften Kriegsjahres rüttelt an dem Gebälk innerer Staatseinrichtungen und reißt nieder, was unhaltbar geworden ist. Auch bei uns in Deutschland vollziehen sich Wandlungen, die vor kurzem noch viele für unmöglich gehalten hätten. Der Morgen einer neuen Zeit, von vielen begrüßt, von einigen gefürchtet, bricht an. Die „freie Bahn für alle Tätigkeiten“ wird deutlicher erkennbar. „Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer wie bisher an der Bestimmung der Geschichte des Vaterlandes mitarbeitet. Es ist daher mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfange teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung.“ So es in dem Erlass des Kaisers vom 30. September 1918, dem der Rücktritt des bisherigen Reichskanzlers Graf Hertling genehmigt wurde und mit dem eine neue Ära in Deutschlands innerer Geschichte beginnt.

An die Spitze der neuen deutschen Regierung stellt sich der Thronfolger eines süddeutschen Landes, Prinz Max von Baden und verkündet, daß er ein Diener des Volkes sein will und sich stützen will auf das Programm der Mehrheitsparteien, das lautet:

1. Festhalten der Reichsregierung an der Papstnote vom 16. August 1917 und uneingeschränktes Bekenntnis zu der Entschließung des Reichstags vom 19. Juli 1917.
2. Erklärung der Bereitschaft, einem Völkerbund gemäß den folgenden Grundsätzen beitreten zu wollen:
Der Völkerbund umfaßt alle Staaten und beruht auf dem Gedanken der Gleichberechtigung aller Völker. Sein Zweck ist die Sicherung eines dauernden Friedens, eines unabhängigen Daseins und freier wirtschaftlicher Entfaltung der Völker.
Der Völkerbund schützt mit seinen gesamten Machtmitteln die ihm beitretenden Staaten unter Anerkennung ihres Besitzstandes und der ihnen vom Bund gewährleisteten Rechte und schließt alle seinen Zwecken widersprechenden Sonderverträge aus.
Grundlagen des Völkerbundes sind: Umfassende Ausgestaltung des Völkerrechts; gegenseitige Verpflichtung der Staaten, jeden Streitfall, der nicht durch diplomatische Mittel lösbar ist, schiedlicher Verhandlungen zu übergeben; Durchführung des Grundsatzes der Freiheit der Meere; Verständigung über allseitige und gleichzeitige Abrüstung zu Wasser und zu Lande; Verbürgung der offenen Tür für den privaten Handel und wirtschaftlichen Verkehr; internationaler Ausbau der sozialen Gesetzgebung und des Arbeiterschutzes.
3. Einwandfreie Erklärung über Wiederherstellung Belgiens und Verständigung über Entschädigung.
4. Bisher geschlossene Friedensverträge dürfen kein Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß bilden; im Baltikum, in Estland und in Polen sind alsbald Volkserweiterungen auf breiter Grundlage zu schaffen. Diese Staaten, in denen alsbald Zivilverwaltungen einzuführen sind, haben ihre Verbindungen und ihre Beziehungen zu den Nachbarvölkern zu regeln.
5. Schaffung eines selbständigen Bundesstaates Elsaß-Lothringen unter Gewährnung voller Autonomie, entsprechend dem Verlangen der elsass-lothringischen Volksvertreter.
6. Unverzügliche Durchführung der Wahlrechtsreform in Preußen; gleiches Anstreben solcher Reform in denjenigen Bundesstaaten, die ihrer noch entbehren.
7. Einheitlichkeit der Reichsregierung und Berufung von Regierungsvertretern aus dem Parlament zur Durchführung einer einheitlichen Reichspolitik; strenge Einhaltung aller verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten, Beseitigung aller militärischen Einrichtungen, die der politischen Beeinflussung dienen.
8. Zum Schutze der persönlichen Freiheit, des Versammlungsrechts und der Pressefreiheit, sofortige Forderung der Bestimmungen über den Belagerungszustand, Beschränkung der Zensur auf Fragen der Beziehungen zu auswärtigen Regierungen, der Kriegsstrategie und Taktik, Truppenbewegungen, Herstellung von Kriegsmaterial; Einrichtung einer politischen Kontrollstelle für alle Maßnahmen, die auf Grund des Belagerungszustandes verhängt werden.

Kollegen!

„Für mich sind Anschauungen, als könnte man heute noch ganz gut ohne Verband existieren, kindisch. Ich kann solche, die berattigen Anschauungen hulbigen, nicht als existenzberechtigt und als ernste, den Zeitgeist beachtende Männer anerkennen. Es sind jumeist Egoisten, die andere für sich die Kaskaden aus dem Feuer hosen lassen und die Frucht der ersten wollen, die andere gesät. Verabscheuungswürdige Naturen, für die der eiserne Wille zum Weggehen von der Welt wohl das beste wäre! Die Verhandlung möge einmal ernstlich erwägen, wie der Fahrenstüchtigen und den Augenfeindern, die nichts als Egoisten sind und nur aus egoistischen Gründen den Verband meiden, heizukommen ist, und wie diesen der Genuß der Vorteile, die der Verband für seine Mitglieder — mitunter unter großen Opfern der letzteren — errungen, entzogen werden kann. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns und keiner hat das Recht, an unseren Errungenschaften teilzunehmen, der nicht in unseren Reihen steht.“

Ein Unternehmer über die Unorganisierten.

unterstellten Zentralbehörde unter dem Namen „Reichsarbeitsamt“ bearbeitet werden. Die Verteilung der Geschäfte und Beamten des Reichswirtschaftsamtes ist dem Reichskanzler übertragen. Zum Staatssekretär des neuen Reichsarbeitsamtes ist der sozialdemokratische Abg. Gustav Bauer, zweiter Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften ernannt worden. Damit ist eine Arbeiterforderung erfüllt, die besonders auch die deutschen Gewerksvereine immer wieder erhoben haben. Wir dürfen deshalb erwarten, daß man Vorsehung trifft, daß bei der Auswahl der weiteren Mitarbeiter in diesen wichtigen Reichsstellen sie nicht unbeachtet bleiben. Weber die Aufgaben eines Reichsarbeitsamtes ist in unserer Presse schon manches geschrieben worden. Professor Brande, der bekannte Sozialpolitiker, schreibt darüber in der „Sozialen Pazis“ u. a.:

„Zwei Aufgaben liegen zur Zeit der organisierten Arbeiterschaft am nächsten: ein in ihren Forderungen entsprechendes Arbeitsnachteilegesetz und die Regelung des Arbeitsnachweises nach den vom Reichstag einstimmig angenommenen, von der Regierung bis heute noch vernachlässigten Vorschlägen vom Frühjahr 1915. Zu ihrer Unterstüßung war eine Tagung vereinigter Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände für Oktober-Ende geplant, die jetzt abgefragt worden ist, vermutlich in der Erwartung, daß das neue Reichsarbeitsamt nunmehr selbst die Führung übernimmt. Man darf mit einiger Bestimmtheit damit rechnen, daß der im Reichstagsauschuß auf den toten Strauß geratene Arbeitsnachteileentwurf zurückgezogen und eine neue Vorlage, unter Zugrundelegung des Gewerkschaftsentwurfs, eingebracht wird. Auch für ein Arbeitsnachweisgesetz liegen, wie gesagt, seit mehr als 3 Jahren bestimmte Vorschläge vor. Eine dritte große Aufgabe ist die Reform des Quali-

Die Umgestaltung der neuen Regierung erscheint gründlich zu erfolgen. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Sinfke wurde durch den Leiter des Reichscolonialamtes Dr. Solferfeld, an Stelle des Staatssekretärs Wallraf übernahm der Zentrumsabg. Trimborn das Reichsamt des Innern. Als Staatssekretäre ohne Portefeuille werden die Abg. Gröber und Erzberger (Zentr.) und Scheidemann (Soz.) berufen. So mit dem Vizekanzler v. Payer (Fortschrittl. Volkspart.) und dem Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums Dr. Friedberg (Nationall.) den engeren Rat des Reichskanzlers bilden. Der preussische Handelsminister Sydow ist durch den fortschrittlichen Abg. Fischbeck ersetzt und an Stelle des Kriegsministers von Stein trat der bisherige Leiter des Kriegsamtes Generalleutnant Scheuch, ein geborener Elässer. Weitere Nennungen und Ernennungen sind zu erwarten und werden in zwischen eingetreten sein. Die erste parlamentarische Regierung beginnt ihre Arbeit und die Demokratisierung Deutschlands vollzieht sich unter Leitung eines Prinzen von Geburt und Stellung. Prinz Max hat Verständnis für die notwendige Mitregierung des Volkes, denn er jagt in seinem Programm:

„Nur wenn das Volk an der Bestimmung seiner Geschichte im weitesten Umfange Anteil nimmt, die Verantwortlichkeit sich also mit auf die Mehrheit seiner frei erwählten politischen Führer erstreckt, kann der leitende Staatsmann seinen Anteil an ihr im Dienst des Volkes und Vaterlandes mit Zuversicht übernehmen. Der Entschluß, dies zu tun, ist mir besonders dadurch erleichtert worden, daß in der neuen Regierung auch maßgebende Vertrauensmänner der Arbeiterschaft zu den höchsten Aemtern im Reich gelangt sind. Ich sehe darin die sichere Bürgschaft dafür, daß die neue Regierung von dem festen Vertrauen der breiten Masse des Volkes getragen ist, ohne dessen überzeugungstreue Gefolgschaft ihr ganzes Handeln von vornherein zum Mißlingen verurteilt wäre.“

Wir freuen uns über diese Erkenntnis, denn „dieser Gedanke wird niemals erschöpfen, die Entwicklung niemals rückgängig gemacht werden“, sagt er weiter. Die Freude über diese neue Zeitepoche wird leider getrübt durch die Tatsache, daß sie so spät kommt. Wie könnten wir das sehen, wenn alles ein ganzes oder ein halbes Jahr früher gekommen wäre. Heute hat sich das Kriegsglied von uns gewandt und die Vorgänge in Bulgarien, der Türkei und in Oesterreich-Ungarn zeigen uns die bittersten Stunden, in denen wir leben. Heute muß die neue Volksregierung die schweren Lasten alter Sünden und Fehler tragen. Tun wir auch als Arbeiter alles, was zur Erleichterung möglich ist. Sessentlich ist alles nicht zu spät, was gekommen ist zur Rettung. Alles ist ja von entscheidender Bedeutung für die Frage über Krieg und Frieden. „Die Stöckkraft, die die Regierung in ihren Bestrebungen um den Frieden hat, hängt davon ab, daß hinter ihr ein einheitlicher und fester, unerschütterlicher Volkswille steht. Nur wenn die Feinde fühlen: das deutsche Volk steht geschlossen hinter seinen verantwortlichen Staatsmännern, nur dann können Worte zur Tat werden.“

Und es war eine Tat, die vor diesen Worten die neue Reichsleitung unternahm für den Frieden der Völker. Sie hielt es für ihre Pflicht, Gewißheit darüber herbeizuführen, daß das blutige Ringen der Völker nicht einen einzigen Tag bis über den Zeitpunkt hinaus geführt wird, wo ein Abschluß des Krieges möglich erscheint, der unsere Ehre nicht berührt. Deshalb hat sie in der Nacht zum 5. Oktober durch die Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten Wilson folgen e Rechte gerichtet:

„Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegsfäh-

renden Staaten von diesem Eruchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Aufnahme der Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongressbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Rundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an.

Um weiteres Zutreten zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung, den sofortigen Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.

Das Wilson'sche Friedensprogramm ist niedergelegt in 14 Punkten und 4 politischen Prinzipien. Die 14 Programmpunkte lauten:

1. Die erste Bedingung ist der öffentliche Abschluß gegenwärtiger Friedensverträge, nach denen irgend welche geheime internationale Abmachungen nicht mehr abgeschlossen werden dürfen; die Diplomatie muß zu allen Zeiten offen arbeiten.

2. Die zweite Bedingung ist die vollständige Freiheit der Seefahrt außerhalb der Hoheitsgewässer; sowohl zur Friedenszeit als im Kriege, ausgenommen der Fall, daß sie ganz oder teilweise durch internationale Unternehmungen zur Aufrechterhaltung internationaler Abkommen geschlossen sind.

3. Soweit möglich, sollen alle wirtschaftlichen Hindernisse beseitigt werden und die Gleichheit der Handelsbedingungen unter allen Nationen, die sich zur Aufrechterhaltung des Friedens verpflichten sollen, festgelegt werden.

4. Hinlängliche Sicherheit soll dafür gegeben und erhalten werden, daß die nationalen Rüstungen auf ein Minimum beschränkt werden können, das die Sicherheit im Innern verlangt.

5. Unparteilichkeit aller Forderungen, die auf der strikten Durchführung des Prinzips basieren, daß die Interessen der Völker gerade so schwerwiegend, wie die Ansprüche der Regierungen, die festgelegt werden sollen.

6. Räumung aller russischen Gebiete und eine solche Regelung aller Rußland betreffenden Fragen, daß das beste Zusammenwirken mit anderen Nationen gesichert wird. Rußland wird die freie und volle Gelegenheit gegeben werden, unabhängig seine eigene politische Entwicklung und nationale Politik zu bestimmen. Rußland soll aufrecht in die Gesellschaft der freien Völker unter Wahrung seiner Institutionen aufgenommen werden. Rußland soll in allem, was es nötig hat und wünscht, eine mehr als sympathische Unterstützung finden. Die Behandlung, die Rußland von seinen Schwernationen in den nächsten Monaten erfahren wird, gibt den besten Beweis für deren guten Willen und ihr Verständnis für Rußlands Bedürfnisse und für ihre einmütige und selbstlose Sympathie.

7. Belgien muß, wie die ganze Welt es gutheißen wird, geräumt und seine Souveränität wieder hergestellt werden. Keine Handlung wird, wie diese dazu dienen, das Vertrauen der Nationen in die Gehehe wieder herzustellen, die sie für ihre gegenseitigen Beziehungen festgelegt haben. Ohne diese bleibt das Völkerrecht stets ein Stückwerk.

8. Alle französischen Gebiete müssen befreit und die eroberten Gebiete wieder hergestellt werden. Das Unrecht, das Frankreich im Jahre 1871 zugefügt worden ist, und das den Frieden der Welt vor 40 Jahren aus dem Gleichgewicht brachte, muß jetzt wieder in Ordnung gebracht werden, daß der Friede im Interesse aller gesichert wird.

9. Die Verringerung der italienischen Grenze auf klar erkennbare Ziele der Nationalität.

10. Die Völker Österreichs, dessen Platz wir unter den Nationen garantiert und gesichert haben wollen, müssen eine erste Gelegenheit zur autonomen Entwicklung erhalten.

11. Rumänien, Serbien und Montenegro müssen geräumt werden. Die besetzten Gebiete müssen zurückgegeben werden. Serbien muß einen freien und sicheren Zugang zum Meere erhalten. Die Beziehungen der Balkanstaaten zu einander müssen in fortschrittlichem Gedankenaustausch auf der Grundlage der historischen Zugehörigkeit und der Nationalität geregelt werden. Internationale Garantien müssen für die politische, wirtschaftliche und territoriale Unverletzbarkeit der verschiedenen Balkanstaaten gegeben werden.

12. Für die türkischen Teile des ottomanischen Reiches soll eine gesicherte Souveränität garantiert werden. Über die anderen, jetzt unter türkischer Regierungsgewalt befindlichen Nationalitäten haben eine zuverlässige Garantie für die Sicherheit des Lebens und absolut ungehinderte Gelegenheit zur autonomen Entwicklung zu verlangen. Die Dardanellen müssen dauernd für die freie Fahrt der Handelsflotte aller Nationen unter internationalen Garantien geöffnet bleiben.

13. Ein unabhängiger polnischer Staat muß gegründet werden, der in sich die Gebiete einschließt, die durch eine unwiderleglich polnische Bevölkerung bewohnt sind. Er muß einen freien und sicheren Zugang zum Meere haben und seine territoriale Unverletzlichkeit muß durch ein internationales Abkommen gesichert werden.

14. Es muß ein allgemeiner Völkerbund gebildet werden, der bestimmte Verpflichtungen dafür übernimmt, daß gegenseitige Garantien für die territoriale Unverletzlichkeit aller großen und kleinen Staaten gegeben werden.

Die vier politischen Prinzipien:

1. daß jede definitive Lösung einer Frage basieren soll auf Gerechtigkeit und auf einer derartigen Regelung, die die besten Chancen für einen dauernden Frieden bietet.

2. daß die Völker und Länder nicht von einem Fürsten an einen anderen Fürsten übergeben werden, als ob sie nichts anderes wären, als Figuren in einem Schachspiel, selbst in dem größeren Spiel der Welt, das für immer im Rißtritt geendet werden soll.

3. daß jede territoriale Veränderung, die in diesem Kriege in Betracht kommt, nur auf dem Wege der Gerechtigkeit und zum Vorteil der betroffenen Völker erfolgen und nicht als ein Teil der Regelung der Beziehungen der kämpfenden Staaten betrachtet werden soll.

4. daß wirtschaftliche Abmachungen werden, so weit es geht, beseitigt werden, ohne die früheren Schwierigkeiten fortzusetzen zu lassen oder neue herbeizuführen, die wieder den Frieden in Europa und damit der ganzen Welt stören könnten.

Die Antwort Wilsons lautet: war nicht ablehnend, doch heißt er „Vertrag“ und deutete die Forderung der Räumung des besetzten Gebietes vor Abschluß des Waffenstillstandes an. Die deutsche Antwort lautet:

In Beantwortung der Fragen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt die Deutsche Regierung:

Die Deutsche Regierung hat die Sache angenommen, die Präsident Wilson in seiner Ansprache vom 8. Januar und in seinen späteren Ansprachen als Grundlage eines dauernden Friedens niedergelegt hat. Der Zweck der einzuleitenden Besprechungen wäre also lediglich der, sich über praktische Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen. Die Deutsche Regierung nimmt an, daß auch die Regierungen der mit den Vereinigten Staaten verbundenen Mächte sich auf den Boden der Rundgebungen des Präsidenten Wilson stellen.

Die Deutsche Regierung erklärt sich im Einvernehmen mit der österreichisch-ungarischen Regierung bereit, zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes den Räumungsvorschlägen des Präsidenten zu entsprechen. Sie stellt dem Präsidenten anheim, den Zusammentritt einer gemischten Kommission zu veranlassen, der es obliegen würde, die zur Räumung erforderlichen Vereinbarungen zu treffen.

Die jetzige Deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstages. In jeder seiner Handlungen gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen der Deutschen Regierung und des deutschen Volkes.

Berlin, 12. Oktober 1918.

gez. Solz,

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Der Friede scheint damit auf dem Marsche. Wir hoffen, daß wenn diese Zeilen gelesen werden, die Waffensruhe eingetreten ist oder doch nahe bevorsteht. Wir können nicht glauben, daß die feindlichen Mächte nochmals unsere ausgestreckte Friedenshand ausschlagen. Sollte es wider Erwarten geschehen, dann wissen auch wir Arbeiter, was unsere Pflicht ist, denn wir wollen keinen Frieden um jeden Preis. Dann werden wir sein ein einzig Volk von Brüdern, das in keiner Not sich trennen noch Gefahr. Es ist jetzt getan worden, was wir eben tun konnten um auf der Grundlage des Völkerbundes, des Rechtes und der Gleichberechtigung allen Völkern den Frieden zu bringen. Im Sinne der Machtpolitiker werden die weltgeschichtlichen Dokumente nicht geschrieben sein, aber wichtiger für uns als der Stand der Grenzpfähle ist die neue Zeit menschlicher Weltordnung. Wir verkennen nicht, was uns Schwere noch alles bevorstehen kann, aber all dieses werden wir tragen können, wenn das Blut unserer Brüder nicht vergeblich geflossen ist. Zwar nicht zur Befriedigung von Machtgier, sondern im Dienste der gesamten Menschheit, im Kriege gegen die Kriege, für Freiheit und Rechtsgleichheit im neuen Deutschland, für einen Frieden von Dauer unter den Weltvölkern. Möge ein solcher Friede nicht ferne mehr sein, möge das alte Weihnachtswort sich bald erfüllen: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!

Ehrentafel

Ritter des Eisernen Kreuzes.

Ernst Schubert, Mitglied im Ortsverein Schweidnitz, erhielt bei einem Pionier-Bat. das Eisene Kreuz 2. Kl. und wurde zum Unteroffizier befördert.

Heinrich Hampel, Mitglied im Ortsverein Schweidnitz, wurde bei einer Munitionskolonie schwer verwundet und erhielt das Eisene Kreuz 2. Klasse.

Kollege Herm. Bohler, Mitglied im Ortsverein Schweidnitz, erhielt bei einem Inf.-Regt. im Westen das Eisene Kreuz 2. Klasse.

Beförderung.

Georg Dehmel, Mitglied im Ortsverein Schweidnitz ist bei einem Artillerieregiment zum Unteroffizier befördert worden.

Ein Beitrag zur Frage des Lehrlingamangels.

Die Klagen des Handwerks wegen Mangel an Lehrlingen wollen nicht verstummen, und man muß zugeben, daß sich tatsächlich ein Fehlen von geeignetem Nachwuchs in den meisten Handwerksbetrieben recht fühlbar bemerkbar macht. Wiederholt haben wir das bei verschiedenen Zusammenkünften mit den Vertretern der maßgebenden Arbeitgeberorganisationen zum Ausdruck gebracht. Wir haben dabei aber auch keinen Zweifel aufkommen lassen, daß die Schuld zum Teil in den alten rückständigen Lehrverträgen liegt, die es weniger begüterten Eltern geradezu unmöglich machen, ihre Söhne dem Handwerk zuzuwenden.

Vor uns liegt wieder ein derartiger Vertrag aus Zeitz in Sachsen, der vom Jahre 1916 datiert und am besten beweist, daß man von Seiten des Meisters die neue Zeit nicht begriffen, nichts hinzugelehrt hat. Es handelt sich hierbei um den Sohn eines unierer Mitgliedes. Bald nach Ausbruch des Krieges wurde der Vater zum Heeresdienst eingezogen. Der zurückbleibende Frau unterlag nun die Sorge ihrer unmündigen Kinder, unter anderem auch die Versorgung des aus der Schule entlassenen Sohnes. Die Frau war mit ihrem Manne übereingekommen, unter allen Umständen ihren Sohn dem Handwerk zuzuwenden. Da er große Neigung zum Tapezierhandwerk zeigte, übergab die Mutter, da der Vater ja im Felde war, den Sohn einem Tapeziermeister in die Lehre, schloß dabei einen Lehrvertrag ab, ohne sich der Tragweite desselben bewußt zu sein. Denn nach dem Vertrage blieb die restlose Versorgung und Kleidung des Lehrlings der Mutter überlassen. Anders ist es nicht zu verstehen, da nach dem Vertrage der Lehrling im ersten Jahre ein wöchentliches Kostgeld von 3 Mark, im zweiten Jahre 2 Mark und im dritten Jahre 1 Mark erhält. Für dieses „fürstliche“ Gehalt muß nun die arme Mutter ihrem Sohn Kost, Logis und Kleidung geben. Damit jedoch sind die Ansprüche des „wohlwollenden“ Meisters noch keineswegs erschöpft, sondern laut Vertrag hat er

das Recht, von diesem Kostgeld noch die gesetzlichen Beiträge für Kranken- und Unfallversicherung abzugleichen. Auch ein Werkzeug muß der Lehrling sich selbst kaufen, Zange, Schraube, Maßstab und Nadeln laut Vertrag anschaffen und Verlorenes oder Unbrauchbares ersetzen.

Es ist nun leicht erklärlich, daß angesichts solchen Vertrages die Eltern sich das rechtlich Überlegen werden und müssen, die Kosten für die Unterhaltung ihres Sohnes auf 3 bzw. 4 Jahre zu übernehmen; bei den meisten Eltern ist dies geradezu unmöglich. Was sagt nun die zuständige Behörde, die Handwerkskammer zu derartigen Verträgen? Auf dem uns vorliegenden Vertrag ist der Stempel der Handwerkskammer gedruckt, ein Beweis, daß diese Instanz den Vertrag gebilligt hat. Das ist das Bedenklichste dabei. Diese Behörde ist doch zur eigentlichen Förderung des Handwerks geschaffen und dazu gehört in erster Linie die Sorge um geeigneten Nachwuchs. Durch derartige Verträge wird man die Sache wohl schwerlich fördern. Auf der anderen Seite muß man die Frage aufwerfen: was sind die Folgen derartigen Verträge?

Eltern, in diesem Falle die Mutter, da der Mann im Felde steht, schließen den Vertrag ab, ohne sich der ganzen Tragweite bewußt zu sein. Bald stellt sich bei den Eltern, so wie bei dem Jungen die Erkenntnis ein, daß man im wahren Sinne des Wortes von dem Lehrmeister überfordert ist. Der Junge kommt mit seinen Altersgenossen zusammen und erfährt, daß dieselben eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Entlohnung erhalten, während er leer ausgeht. Bald stellt sich eine Unlust gegen das zu erlernende Handwerk ein, und die Lust und Liebe, die nun einmal zur Erlernung des Handwerks dringend notwendig ist, bleibt ganz aus. Dazu kommt, daß auch die Eltern gewahrt werden, daß die für ihren Sohn gebrachten Opfer ihre Kräfte übersteigen und man versucht gemeinsam Wege, um das Verhältniß zu lösen. Von derartigen Verträgen hat auch am letzten Ende der Handwerksmeister keinen Vorteil. Die Sorge um geeigneten Nachwuchs für das Handwerk muß Gemeingut weitester Kreise sein. Wer es ehrlich damit meint, der sollte dafür, daß derartige Verträge nicht zustande kommen. Vor allen Dingen ist es Aufgabe der Innungen, in erster Linie der Handwerkskammern, daß zeitgemäße Lehrverträge abgeschlossen werden, das ist die erste Grundlage für die Zuführung eines geeigneten Nachwuchses für das Handwerk. P. B.

Der Arbeitsmarkt im August 1918.

Im August blieb die Spannfähigkeit der deutschen Industrie auf der gleichen Höhe des Vormonats und wurde den an sie gestellten Anforderungen vollumfänglich gerecht. Dem Vorjahr gegenüber kann man bisweilen noch eine regere Beschäftigung in einzelnen Industriezweigen feststellen.

Die Nachweisungen der Krankenkassen lassen für die am 1. September in Beschäftigung stehenden Mitglieder im Vergleich zu Anfang August eine Zunahme von insgesamt 89 660 oder 1,0 v. H. erkennen. An der Zunahme ist das weibliche Geschlecht mehr als die Männer beteiligt.

Nach den Feststellungen von 34 Fachverbänden, die für 1 241 314 Mitglieder beräteten, betrug die Arbeitslosenzahl Ende August 834 oder 0,7 v. H. wie im Juli.

Die Möbelindustrie war im August wie im Vormonat ziemlich gut beschäftigt, wenn auch die Verkäufe unter Mangel an Arbeitskräften zu leiden hatten. In den Holzbearbeitungsfabriken war der Geschäftsgang mittelmäßig, in den Fassfabriken und Zolouffabriken dagegen gut. Auch die Holzplasterbetriebe hatten ausreichend zu tun. Der Umsatz in Korbmachen war befriedigend und zum Teil besser als im Vormonat. Die Säbriemfabriken melden nach wie vor eine ungünstige Geschäftslage.

Unter 103 750 Mitgliedern, für die berichtet wurde von 4 Verbänden des Holzgewerbes, waren 525 arbeitslos. Das sind 0,5 v. H. gegenüber 0,5 v. H. im Vorjahr und Monat.

Die Nachweisungen der an das „Reichsarbeitsblatt“ berichtenden Arbeitsnachweise ergaben, daß auf 100 offene Stellen im Holzgewerbe an Arbeitsgesuchen entfielen:

	männliche		weibliche	
	1917	1918	1917	1918
im Juni	39	44	58	69
im Juli	39	42	55	61
im August	47	40	85	66

o o o o o Rundschau. o o o o o

Erhöhung „ortsüblicher“ Tagelöhne.

Als ein dringendes Bedürfnis, in allgemeinen Arbeiterkreisen wurde die Erhöhung der ortsüblichen Tagelöhne, sowie Jahreslöhne der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter empfunden, was bei der Entwertung der Kaufkraft des Geldes und der ungeheuren Preissteigerungen aller Lebensbedürfnisse auch gar nicht verwunderlich ist. Bedeuten doch die jetzt geltenden schon zu Friedenszeiten zu niedrigen Ortslöhnen eine nicht zu unterschätzende Schädigung weiter Volksschichten; wirken doch gerade die ortsüblichen Löhne bei der Bemessung der Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenrenten dauernd ev. bis ans Lebensende der Versicherten. Heute, wo die Unfall- und Invalidengefahr durch die Wirkungen des Krieges eine viel höhere ist als je, erscheint eine Neuregelung der Ortslöhne immer dringlicher. Die fränkischen Ortsverbände der deutschen Gewerbevereine haben es als eine dringliche Notwendigkeit betrachtet, hierzu Stellung zu nehmen und haben nun mittelst Eingabe an die maßgebenden Instanzen den dringenden Antrag gestellt, die Ortslöhne entsprechend der heutigen teuren Lebenshaltung mit tunlichster Eile zu erhöhen. Allerdings hat der Bundesrat durch Kriegsverordnungen die Frist, für welche die erstmalige Neu Festsetzung der Ortslöhne für das ganze Reich bis zum Schlusse desjenigen Kalenderjahres, das der Beendigung des Krieges folgt, verlängert. Rechtliche Bedenken gegen eine Zwischenfestsetzung der Ortslöhne dürften aber wie aus einem Erlaß des preussischen Handelsministers an die Oberversicherungsämter vom 17. August 1917 und aus einem Schreiben des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamtes vom 22. Dezember 1917 hervorgeht, dieser Verordnung wegen nicht bestehen. Das bezüglich der Ortslöhne erwähnte gilt auch bezüglich der Jahreslöhne der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, die ebenso unter den Wirfun-

gen des Krieges mehr wie je der Unfall- und Invaliden-Gefahr ausgesetzt sind. Betrachtet man das laut Verordnung vom 24. Februar 1917 über die Unfallversicherung der im häuslichen Hilfsdienst beschäftigten landwirtschaftlichen Arbeiter ein Jahresverdienst von 1200 Mark festgesetzt ist, so erscheint dieser Antrag nicht nur als sehr berechtigt, sondern auch als sehr dringend und haben die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften ihren Antrag nicht als solchen eingereicht. Es darf wohl erwartet werden, daß eine so ins soziale Leben tief eingreifende Sache, der auch nach dem § 151 Abs. 1 der RVO. durchaus nichts im Wege steht, als vollst. berechtigt und beschleunigt behandelt wird.

Schuld seien an der jetzigen Teuerung, anstatt darüber nachzudenken, daß gerade die hohen Preise der gesamten Lebenshaltung die Arbeiter erst genötigt haben, ihrerseits höhere Löhne zu fordern, um überhaupt existieren zu können. Aus all dem Gehagten erwächst für uns die Pflicht, fleißig zu agitieren, um unserer Gewerkschaft neue Kräfte und Mittel zuzuführen, denn nur wenn die Arbeiterchaft geschlossen besteht, können wir eine Besserstellung derselben erreichen und zwar ohne Kampf, auf dem Wege einer friedlichen Verständigung. Den Streik, der früher von gewisser Seite als alleiniges Mittel zur Erreichung von besseren Löhnen bezeichnet wurde, erklärt der Redner als zweischneidiges Schwert, das auf beiden Seiten Wunden schlägt und von den Gewerkschaften stets nur als allerletztes Mittel anzuwenden sei.

Zum Schluß seiner Ausführungen zeigt Redner an Hand von Zahlen, was die Gewerkschaften seit ihrem Bestehen Nützliches für die Arbeiter geleistet haben, richtet einen kräftigen Appell an alle Anwesenden, alles aufzubieten zur Stärkung unserer guten Sache und Werbung neuer Mitglieder und schloß mit herzlichem Dank an alle jene, die bisher an der Hebung der Deutschen Gewerkschaften mitgearbeitet haben.

Der Vorsitzende, Kollege K e g e r, erbat die von den recht zahlreich erschienenen mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen nicht zu vergessen, sondern genau zu befolgen, das Gehörte in die Tat umzusetzen, das sei die beste Jubiläumsgabe, damit nicht nur man nicht bloß andern, sondern in erster Linie sich selbst als Gewerkschafter. Mit einem von den Anwesenden kräftig unterstützten dreifachen Hoch auf die Deutschen Gewerkschaften schloß derselbe die schön verlaufene Versammlung.

Berlin-Königstadt. In der letzten Ortsvereinsversammlung gab der Kassier Kollege H i p p e den Kassenbericht für das zweite Vierteljahr 1918 bekannt, der eine günstige Entwicklung aufwies. Dann besprach der Vorsitzende Kollege M e h l e die Verhandlungen über die neue Lohnvereinbarung im Holz-

sein, den Vorstand in seinem Bestreben, den Ortsverein zu stärken, mit allen Kräften zu unterstützen. Kollegen, nicht den günstigen Augenblick aus, und Ihr werdet mit Erfolg die Grundlage herstellen, für einen starken, allen Stärken trotzenen Ortsverein Berlin-Königstadt.

Der Vorstand

Anschließend an diese Bekanntmachung ermahnte Kollege M e h l e alle Mitglieder zur eifrigen Agitationsarbeit. An die Verwaltung der Ortsvereine Groß-Berlins wurde folgendes Schreiben abgehandelt:

Wir Endesunterzeichneten stellen folgenden Antrag:

Die Verwaltung der Ortsvereine des Gewerkschaftsverbandes der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.) Groß-Berlins fordert von allen Ortsvereinen der Holzarbeiter Berlins die Besendung und Einziehung von Lohnfragebogen sämtlicher Mitglieder. In den Fragebogen muß enthalten sein:

1. Name und Wohnung des Mitgliedes.
2. Name des Betriebs, in welchem das Mitglied arbeitet.
3. Höchster Lohn pro Stunde.
4. Niedrigster Lohn pro Stunde.

Diese Fragebogen müssen an die Verwaltung durch die Ortsvereine eingeleitet werden. Auf Grund dessen wird eine Vertrauensmännerliste aufgestellt und im Oktober eine Sitzung einberufen, die sich hauptsächlich mit der Agitation zu beschäftigen hat.

Der Vorstand des Ortsvereins Berlin II, Königstadt.

H. M e h l e, Vorsitzender. H. H i p p e, Kassierer, W. H o f f m a n n, Schriftführer.

Für das Blühen und Gedeihen des Gewerkschaftsverbandes überall zu wirken, war die Aufforderung, mit der Kollege M e h l e die Versammlung schloß.

Berlin. Kollegen! Kolleginnen! Schickt Eure schulentlassenen Söhne und Töchter in die Jugendabteilungen der Deutschen Gewerkschaften! Nächste Veranstaltungen der Abteilung Berlin: am Dienstag, den 15. und 22. Oktober, abends 8 Uhr, Spielsabend am Sonntag, den 27. Oktober, nachmittags 5 Uhr, Lichtbildvortrag im Jugendheim, Große Frankfurterstraße 16. Am Sonntag, den 10. November, Stiftungsfest im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12.

Rothenburg o. T. Der Gewerkschaftsverband der Holzarbeiter (Hirsch-Dunder) stellte vor einigen Wochen durch das Sekretariat der Gewerkschaften in Nürnberg bei den maßgebenden Instanzen den Antrag auf Erhöhung der ortsüblichen Tagelöhne auf folgende Sätze:

Für männliche Arbeiter unter 16 Jahren	2,40 Mk.
" weibliche " "	1,80 "
" männliche " von 16-21 "	4,- "
" weibliche " " 16-21 "	2,80 "
" männliche " über 21 "	5,- "
" weibliche " " 21 "	3,60 "

Dem Antrag wurde restlos stattgegeben. Was das für eine soziale Wirkung auf die Unfall-, Invaliden-, Kranken- und Hinterbliebenenversicherung hat, dürfte allen Mitgliedern nicht unbekannt sein.

Nürnberg. Einen würdigen, netten Verlauf nahm die überaus gut besuchte 50jährige Jubiläumsversammlung der Deutschen Gewerkschaften, die der Ortsverein Nürnberg im „Theodor Körner-Saal“ abhielt. Kollege J. D. K ä s e r eröffnete dieselbe mit sinnreichen Worten und hieß die Erschienenen herzlich willkommen, worauf er dem Arbeitersekretär W i n t e r das Wort erteilte, der in einleitender Rede über Entstehung, Entwicklung und Wirken der Deutschen Gewerkschaften seit 1868 wirkungsvoll referierte, was der überaus große Beifall, der dem Redner zuteil wurde, bewies. Eine Anzahl Kollegen konnte wiederum für 25jährige Mitgliedschaft geehrt werden; denselben wurden prächtige Diplome überreicht. Ein von dem Lührer des Kollegen W i n t e r vorgetragener Prolog wurde mit reichem Beifall aufgenommen. Ein gut gewähltes Konzert, dessen Leistungen großartig waren, sowie Solovorträge, Couplets und sonstige Vorträge brachten reichhaltige Abwechslung. Daß alles hoch befriedigt war, ersah man aus den sehr befriedigten Mienen. Die Fete wurde in Anbetracht der außerordentlich schweren Zeit in diesem heillosen Rahmen gehalten. Richtiger Gewerkschaftsgeist und aufrichtige Kollegialität herrscht in den Gewerkschaften und mit unerschütterlichen Worten wurde dieses auch zum Ausdruck gebracht mit dem Willen, auch fernerhin treu, fest und geschlossen wie immer für die Arbeiter-sache einzutreten.

□ □ □ Aus der Rechtsprechung. □ □ □

Unfall beim Abladen von Langholz.

Urteil des Reichsgerichts vom 13. Juni 1918.

(Nachdruck verboten.)

sk. Am 24. Januar 1914 war der Holzhändler W. in Weklar auf seinem Stapelplatz mit dem Abladen eines Wagens, auf welchem sich 7-8 Stämme von 14-18 Meter Länge und einem Gewicht von je ca. 10 Zentnern befanden, beschäftigt. Der Zimmermeister H. stand an dem hinteren Ende des Wagens und notierte sich die an den Stämmen angebrachten Zahlen. W. stand auf dem Wagen und rollte einen Stamm herab, wobei er sich mit aller Kraft gegen einen anderen Stamm stemmte, der dadurch ins Rollen kam und dem H. auf den linken Fuß fiel. Der Verletzte erlitt eine Schenkelverletzung; er machte geltend, W. habe fahrlässig gehandelt, er hätte entweder bei dem Abladen nach einer Person zu Hilfe nehmen oder Vorkehrungen treffen müssen, welche das Herabfallen von Stämmen zu verhindern imstande waren. — W., der kurz nach dem Unfall seine Schuld zugab, hatte, bevor er sich gegen den abgerufenen Stamm gestemmt habe, auch warnte er ein, der Kläger trage selbst Schuld an seinem Unfall, da er besser habe aufpassen sollen. Das Landgericht Limburg und das Oberlandesgericht Frankfurt gaben der Klage statt, letzteres aus folgenden Gründen:

Nach dem eigenen Geständnis des W. steht fest, daß er sich gegen den abgerufenen Stamm gestemmt und diesen dadurch ins Rollen gebracht hat. Der Beklagte hätte damit rechnen müssen, daß der lose aufliegende Stamm dem starken Druck nachgeben und abstürzen konnte. Er hätte sich deshalb vorher von dem Standort des Klägers überzeugen und gegebenenfalls

Nicht jeder hat 100,000 Mark,

zum Zeichnen von Kriegsanleihe. Aber

1000,
500,
300,
100

Mark kann jeder zeichnen. Viele Millionen Mark ergeben diese Hunderttausende kleiner Zeichnungen und beweisen den Feinden, daß auch bei der „Neunten“ das deutsche Volk geschlossen zu den Zeichnungsschaltern geeilt ist.



Redner schilderte nun eingehend die Entstehung und den Werdegang der Deutschen Gewerkschaften, gewährte dem aufmerksam Lauschenden einen Einblick in die verschiedenen Hindernisse und Ränke, die den Gründern von allen Seiten, nicht zuletzt von Leuten, die sich auch als Arbeiterführer bezeichneten, in den Weg gelegt wurden, um ihnen ihre Arbeit, wenn nicht ganz unmöglich, so doch so schwer als möglich zu machen. Es kostete harte Kämpfe um die anerkannt guten Grundsätze und Ideen durchzusetzen und manche Anfeindung und Spott von politisch Andersdenkenden mußte man sich gefallen lassen, bis zuletzt die Widersacher dazu übergingen, unsere durch die Praxis bewährten Einrichtungen sich zu eigen zu machen. Der nun schon vier Jahre andauernde Krieg hat die Gegner der Organisationen vollends von deren Notwendigkeit überzeugt und können die Deutschen Gewerkschaften mit Stolz auf ihre bisher für die Arbeiter errungenen Erfolge zurückblicken.

Nach diesem Rückblick in die Vergangenheit erinnert Redner an das eingangs erwähnte Gleichnis, daß wir nach 50jähriger erfolgreicher Arbeit nicht ruhen dürfen, sondern auf dem uns von unseren Vorfahren gewiesenen Pfad weitermarschieren müssen, unbekümmert um den Schmutz, der uns von verschiedenen Seiten zugeworfen wird. Das wirklich Gute bricht sich doch endlich Bahn.

Einen kleinen Ausblick in die Zukunft werfend, erinnert Redner an die kommende Ubergangszeit, daß es ziemlich lange dauern kann, bis die jetzt für Herstellung von Kriegsmitteln eingestellte Industrie für die Friedenszeit umgestellt, an die Instandhaltung und Neubeschaffung der durch den Krieg abgenutzten Verkehrsmittel über Art, die Beschaffung bezw. Mangel der notwendigen Rohstoffe und der Dinge mehr, die in verschiedenen Erwerbsklassen eine Arbeitslosigkeit zur Folge haben werden. Nicht zuletzt das Bestreben der Arbeitgeber, die Arbeitslöhne abzubauen ohne zuerst für den Abbau der hohen Lebensmittelpreise gesorgt zu haben. Redner erinnert bei dieser Gelegenheit an den ganz unbegründeten Vorwurf gewisser Volkskreise, daß die „hohen“ Arbeitslöhne

gewerbe. Allen Kollegen wurde folgendes Flugblatt zugestellt:

K o l l e g e n !

Wieder ist es den Vertretern unserer Organisation gelungen, in langen Verhandlungen den Arbeitgebern eine Lohnzulage zu erringen, und zwar beträgt dieselbe ab 19. August 15 Pfg. und ab 1. Dezember 10 Pfg., also insgesamt 25 Pfg. pro Stunde, oder pro Woche M 12.50. Chren-sache unserer Mitglieder ist es nun, ganz energisch darauf zu dringen, daß diese Zulagen nun auch gezahlt werden. Im ganzen genommen ein Erfolg, der sich sehen lassen kann. Vergleichsfolge sind aber nur möglich, auf Grund einer festgesetzten starken Organisation, die den Verhandlungsführern erst den nötigen Rückhalt gibt. Um aber auch für die Zukunft unsere Löhne in aufsteigender Richtung zu erhalten, den Arbeitgebern es unmöglich zu machen, Abzüge und Kürzungen vorzunehmen, ist es heilige Pflicht aller unserer Kollegen, für die Stärkung unserer Reihen mit allen Kräften zu wirken.

Kollegen, dieser Erfolg muß ausgenützt werden. Es muß den Unorganisierten ständig vor Augen geführt werden, wie schädlich es ist, sich nur ohne mitzubehalten an die gefüllte Schüssel zu setzen und tüchtig mitzuzehren. Es muß ihnen klar gemacht werden, daß es auch ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist, die kleinen Opfer, die die Organisation auferlegt, zu bringen, als Mitstreiter einzutreten in dieselbe, um dann auch von sich sagen zu können: Ich bin nicht mehr Drohne, sondern ich bin Arbeitsdiene geworden, die ihren vollen Anteil an dem Aufstieg unserer Klasse hat, und die mit vollem Recht teilnimmt an den Errungenschaften der Organisation.

Kollegen, die Zukunft und das Bestehen unseres Ortsvereins fordert von Euch den sofortigen Eintritt in eine energische Agitation. Soll der Vorstand auch in Zukunft die Agitation allein betreiben? Das kann Euer Wille nicht sein! Es muß Chren-sache aller unserer Kollegen

Alles diesen warnen müssen. Der Einwand des Beklagten, das Herabfallen des Stammes sei etwas ganz Außergewöhnliches gewesen, geht fehl, denn W. muß einen sehr großen Druck auf den Stamm ausgeübt haben, jedoch er in diesem Fall wohl mit der Möglichkeit des Absturzes rechnen konnte. Allerdings trifft auch den Kläger ein gewisses Verschulden. Er sah, daß W. mit dem Abbluten begonnen hatte, und wußte aus Erfahrung, daß ein Unglück hierbei geschehen konnte. Er hätte deshalb von dem Wagen wegstreten oder den Beklagten auf seine Stellung aufmerksam machen sollen. Immerhin bleibt zu beachten, daß eine Beurteilung der von W. angewandten Kraft, wodurch der Stamm ins Rollen kam, für den Kläger nicht möglich war. Da die Schuld des Beklagten bei weitem überwiegt, hat er allein die Folgen des Unglücks zu tragen. Dieses Urteil wurde vom Reichsgericht bestätigt. (Mitteltagebl. v. 22. 18.)

Patentkchau.
 Abgeteilt vom Patent-Büro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. — Auskünfte kostenlos.

Angemeldete Patente:
 Kl. 34. 5. A. 64 934. Verstellbarer Tisch. Friedrich Klanten Portrop, Westfalen, Angem. 30. 10. 17

Erteilte Patente:
 Kl. 38c. 308 338. Abperrjournalplatte. J. Brüning, Sohn, H.G., Langendiebach b. Hanau, Angem. am 27. 6. 17.
 Kl. 38c. 1. 308 339. Verfahren zur Herstellung zylindrischer oder prismatischer Hehlkörper aus Journalen. Grotzian, Steinweg Nachf. Braunschweig, Angem. am 15. 1. 18.
 Kl. 38c. 7. 308 341. Hohlbandgange. Georg Fulk, Düsseldorf, Reicholzstr. 52. Angem. am 7. 10. 17.

Gebrauchsmuster.
 Kl. 34. 683 620. Holzbohlenkasten. Leopold Schwarzmann, Reichen, O.E., Bahnhöfstr. 27. Angem. am 25. 5. 18.
 Kl. 34. 683 635. Kranenbetriebl. Wilhelm Eiter, Sigmaringen, Angem. am 3. 6. 18.
 Kl. 34. 683 660. Hutschrank. Anton Pedrett, Winterthur, Schweiz, Angem. am 22. 1. 18.
 Kl. 38c. 683 433. Holzfügeblatt mit gekärteten Zahntrönen. Frima Gottfried Heilmann, Rheda, Angem. 18. 5. 18.
 Kl. 38c. 683 447. Antriebsvorrichtung für Sägemäher. Langenhein u. Schramm, Erntehütte bei Ceburg, Angemeldet 20. 5. 18.
 Kl. 34. 684 611. Zusammenlegbarer Tisch. Hartmann und Braun, M.-G.G. Frankfurt a. M., Angem. am 13. 2. 18.
 Kl. 38a. 684 772. Sägepanner Martin Göttdorfer, Dresden, Weinbergstr. 70. Angem. am 18. 6. 16.
 Kl. 38c. 684 763. Verleimte Dicken mit Drahtgewebe. Willi Lange, Berlin, Reinholdendorferstr. 95. Angem. am 4. 6. 16.
 Kl. 34. 683 278. Vereinigter Vorrats-, Fadenwannen und Besenfrant. Emil Landmann, Zwickau i. S., Marienalerstraße 50. Angem. 25. 5. 18.
 Kl. 34. 683 392. Möbel. Emanuel Peter Foulten, Randers, Dänemark, Angem. 31. 5. 18.
 Kl. 37. 683 119. Schraublartiges Hohlwandbaustück. Kleinjahn Ges. m. b. H., Berlin-Friedenau, Angem. 14. 5. 18.
 Kl. 38c. 685 630. Plodfüge. Karl Vinsbäcker, Traismauer, Steier. Angem. am 26. 4. 18.

Kl. 38c. 685 080. Wiggelgähne mit verlängelter Führung und Schlitze. Cuno Tschke, Sudberg, Rhld. Angem. am Kl. 38c. 685 765. Hohlfehlhobel. Reinhold Fried, Großgartach, Württ. Angem. am 5. 7. 18.
 Kl. 47. 688 002. Treibriemen aus Futur- oder Sperrholzeru. Wilhelm Schlich, Oberndorf a. N. und Dipl.-Ing. Edgar Haverbeck, Berlin, Rurfilzenstr. 165. Angem. am 13. 5. 18.

Literarisches.

Kriegssteuergesetze 1918. Inhalt: Außerordentlich Kriegsabgabe der Einzelpersonen und Gesellschaften. — Umsatzsteuer und Luxussteuer. — Steuerflucht. — Errichtung eines Reichsfinanzhofes. — Neuer Wechselstempelgesetz. Verlag von L. Schwarz u. Comp., Berlin S. 14, Dresdener Str. 80. Preis M. 1,40.

Von den neuen Steuergesetzen wird jeder Steuerzahler betroffen. Besonders bemerkenswert ist die Luxussteuer und die weiter ausgedehnte und erhöhte Umsatzsteuer mit der Durchführungspflicht selbst für den kleinsten Gewerbetreibenden. Wichtig neu ist für Einzelpersonen und Gesellschaften die Abgabepflicht von Mehreinkommen, d. h. dem Unterschied zwischen dem Friedeenseinkommen und dem Kriegseinkommen, ferner die Abgabepflicht vom Vermögen für das Rechnungsjahr 1918. — Der neue Posttarif, gültig ab 1. Oktober 1918, und der neue Wechselstempelgesetz, gültig ab 1. August 1918, sind ebenfalls aufgenommen. Das handliche Büchlein ist jedem Steuerzahler, der sich vor Schaden schützen will, als nützlich zu empfehlen.

Wie baut man fürs halbe Geld. Volkstümliche Bauweise für Stadt und Land mit ungeübten Arbeitern und eigenem Baumaterial von jedermann in 8 Wochen gebrauchsfertig auszuführen. Mit zahlreichen Abbildungen herausgegeben von Dipl.-Ing. Curt Wöber. Preis M. 1,80 (Porto 10 Pf.) Heimkultur-Verlags-Gesellschaft, Wiesbaden.

Es wird hier eine dem Betonbau ähnliche billige Massivbauweise in Wort und Bild vorgeführt, die 40—60% Ersparnis gegenüber dem Ziegelbau und dabei mehrfach schnellere Herstellung ermöglicht. Wo man also billig und schnell, dabei aber dauerhaft bauen will, sollte man nie versäumen, diese anspredende Schrift zu lesen, die besonders auch allen Landwirten und unseren Kriegern willkommen sein wird.

Prof. Dr. Eduard Meyer, **Die Heimstättenfrage im Lichte der Geschichte.** Berlin 1918, Verlag Bodenreform. 54 Seiten, 1.— Mark.

In gedrängter Uebersicht läßt der bekannte Berliner Historiker in dieser Schrift die Entwicklung der alten Welt vor uns vorüberziehen. Alle Einzelheiten verschwinden vor der einen Hauptfrage: Wie konnte es dazu kommen, das die glänzende Kultur des Altertums, das Griechenland und Rom so vollständig verfallen in allgemeinem Niedergang? „Die antike Kultur ist an sich selbst zu Grunde gegangen. Sie war unfähig, eine Gestaltung des Wirtschaftslebens zu schaffen, welche die dauernde Erhaltung lebenskräftiger Nationen und damit ihren Fortbestand sicherte.“ Nachmals mußte von den einfachsten Lebensformen aus der Versuch eines neuen Aufstiegs der

Menschheit gemacht werden. Diese Entwicklung steht jetzt in der entscheidenden Kritik, ob sie den Nationen die Lebenskraft erhalten kann. Mittel dazu ist nach den Lehren der Geschichte, wie ihr mächtigster Kenner sie in diesem Werke vorträgt, die Heimstättenfrage. So wird das Fest ein Mahnruf an unsere Zeit, der nicht überhört werden sollte.

Sterbetafel.

In den Monaten Juli bis einschließl. Sept. 1918 sind nachstehend verzeichnete Mitglieder resp. Frauen des Gewerkevereins der Holzarbeiter Deutschlands gestorben:

Stammrolle-Nr. der Verstorbenen	Name der Verstorbenen	Name des Ortsvereins	Gezahltes Sterbegeld		
			M.	Pf.	h.
209	Nich. Gerkenberger	Baugen	60	88	—
1891b	Heinrich Doss	Duisburg	—	—	450
498b	Hermann Bahn	Reichenfels	50	85	—
127	Karl Wühl	Breslau	—	75	90
1086b	Marie Reiner geb. Metz	Biberach	—	—	144
809f	Elise Fests	Berlin II	—	—	180
8982	Paul Eitel	Obbela	55	55	90
8910	Paul Krause	Boisbarn	60	55	—
2472b	Marg. Simmerlein	Härth	—	—	144
600b	Pauline Schellfle	Hin	—	—	180
282	Hermann Gausche	Galle a. S.	—	55	—
10868	Karl Segebarth	Greifswald	85	—	—
3089b	Anna Braun	Abtsgöberg	—	—	180
9257	Hermann Markert	Reiz	—	—	45
684Bg.	Mima Grabowski	Dirschau	—	—	144
2708	Hermann Winkler	Obbela	60	55	180
13218	Gustav Bachmann	Langenbls	40	—	—
2895	Martha Bräutigam	Galle a. S.	—	—	144
57	Heinrich Schmidt	Berlin II	—	75	90
286	Helene Bauermann	Härth	—	—	144
2b	Mina Lange	Braunsberg a. S.	—	—	180
5857	Heinrich Diebened	Gera	60	85	90
286b	Christine Rabst	Galle a. S.	—	—	90
12809	Ernst Nothe	Bremen	40	55	180
5462	Georg Hölle	Ansbach	—	—	180
268	Wilhelm König	Döbel	80	—	—
8877c	Rafaela Nowostowa	Posen	—	—	180
Summe:			490	580	8105

Ruhet in Frieden!
 Berlin, den 1. Oktober 1918.
 M. Schumacher.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 42. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig.

Anzeigen.

Für den Inserenten ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Siberad a. Rh. Herberge im „Norden“, Unterführung von I. M. bei Martini, Kirchbergstraße 18.

Berlin. Gewerkevereinsverkauf und Herberge im Verbandsbüro Greifswaldstraße 221/223. Karten bei allen Ortsvereinskassieren.

Bremen. Die Auszahlung der Beiträge erfolgt nun auf dem Arbeitersekretariat der Gewerkevereine Bremen, Dürerstr. 3.

Duisburg. Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten ein Nachtlager und Frühstück oder eine Krone Reisenernährung in der Geschäftsstelle des Gewerkevereins der deutschen Arbeiter - Vereinigungen, Elisabethstraße 8.

Leipzig. Herberge und Unterführung im Verbandsbüro, Stadt „Hannover“, Seeburgstraße 25/27.

Erzgebirgsverband Seltschungen. Disziplin. u. Ordnung jeden Mittwoch nachts 8 Uhr abends, im Lokale Kaiser Simon, Seltschungen, Alter Markt 16.

Brandenburg (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag beim Kollegen Kolonoski, Kalmerstraße 1.

Slogau (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag beim Kollegen Haglache, Preußische Straße 32.

Polen (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag beim Kollegen Haglache, Preußische Straße 32.

Potsdam (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag beim Kollegen Haglache, Preußische Straße 32.

Ulm a. D. Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag beim Kollegen Haglache, Preußische Straße 32.

Worms. Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag beim Kollegen Haglache, Preußische Straße 32.

Der Gewerkeverein der Holzarbeiter Deutschlands

besteht den Schutz und die Förderung der Rechte und Interessen seiner Mitglieder auf dem gesetzlichen Wege der freien Berufsorganisation. Namentlich erstrebt er die fortschreitende Verbesserung der Arbeitsverhältnisse insbesondere des Lohnes und der Arbeitszeit, wirksamen Schutz vor Leben, Gesundheit und Einkommen, Fürsorge für alle Stufen des Arbeiterlebens und angemessene Vertretung gegenüber dem Unternehmer und dem Staat.

Für den Beitrag von 50 M. pro Woche wird gewährt:

1. Rechtsschutz in gewerblichen Klagesachen, auch freie Vertretung vor Gericht.
2. Streit-, Auslieferungs- und Maßregelungsunterstützung bis 18 M. pro Woche, je nach der Dauer der Mitgliedschaft.
3. Arbeitslosen-Unterstützung in der Höhe von 6 bis 12 M. pro Woche je nach der Dauer der Mitgliedschaft. Höchstsumme 120 M. im Jahre.
4. Wander- und Reiseunterstützung von 24 Pfg. pro km bis 1000 km.
5. Heberziehungsbefähigung von 10 bis 50 M. je nach Dauer der Mitgliedschaft. Außerdem für die Frau auf jedes Kind von 10 bis 14 Jahren 2 Pfg., und für jedes Kind von 4 bis 10 Jahren 1 Pfg. pro km.
6. Eine Begräbnisbefähigung von 25 M. freigebl. 60 M.
7. Kostenlose Vertretung in Invaliden-, Hinterbliebenen- und Unfallfällen, selbst vor dem Reichsversicherungsamt in Berlin.
8. Die Gewerkevereinszeitung „Die Erde“ erhalten die Mitglieder unentgeltlich. Ebenso steht ihnen die Benutzung der Ortsvereinsbibliothek frei.
9. Hilfe in besonderen Notfällen durch die Ortsvereine.
10. Unterstützung in Krankheits- und Sterbefällen nach besonderer Beitragskassierung.

Diese Unterstützungen werden nicht gegeneinander aufgerechnet. Persönliche Mitwirkung, sowie Lehrlings- und jugendliche Arbeiter bis zu 17 Jahren zahlen nur 25 Pfg. Beitrag pro Woche, wofür sie die Hälfte der vorgenannten Unterstützungen erhalten.

Der Gewerkeverein ist parteipolitisch unabhängig und reinlich zentral. Kollegen und Kolleginnen!

Wer im Leben vorwärts kommen will, muß organisiert sein. Wer mitgehen will, die Arbeiterwege zu beschreiten, der werde sich und treue dem Gewerkeverein bei.

Der Sitz des Gewerkevereins ist in Berlin NO. 55, Greifswaldstraße 221/223.

Zuschuß-Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse

des Gewerkevereins der Holzarbeiter Deutschlands

Jedes Gewerkevereinsmitglied kann aufgenommen werden.

In der I Stufe bis zu 55 Jahren ohne ärztl. Untersuchung

II	50	mit	—
III	45	mit	—
IV u. V	45	mit	—

Der Wochenbeitrag beträgt in

Stufe I	10 Pfg.
II	21
III	33
IV	45
V	57

Das Krankengeld beträgt in

Stufe I pro Tag	—50 Mt.
II	—80
III	1.25
IV	1.70
V	2.15

Außerdem wird ein Begräbnisgeld in den einzelnen Stufen gezahlt von

Mt.	20.—
„	35.—
„	55.—
„	75.—
„	95.—

Die Kasse untersteht dem Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung. Wir können allen Kollegen und Kolleginnen nur empfehlen, auch Mitglied unserer Krankenkasse zu werden.

Kollegen werbet Mitglieder für unsern Gewerkeverein!

Dirschau (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsbeitrag von 75 Pfg. bei ihrem Ortsvereinskassierer.

Seltschungen. Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband 1 Mt. bei M. Bauer, Joststr. 30.

Dortmund. Arbeitsnachweis und Unterstützung im Büro Reimstraße 7.

Mannheim Herberge, „Waldersee“ B. 4 18. Unterführung U. 4 18.

Angsbürg. Arbeitsnachweis und Unterstützung Rathhausstraße 2/3.

Schweidnitz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Besprechungskarten im Werte von 75 Pfg. bei allen Ortsvereinskassierern. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandskassierer J. Michale, Freiburgerstraße 11/13.

Gera (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Gewerkevereinskollegen wird ausbezahlt bei Wagener, Steinweg 4.

Obbela. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat“ freies Nachtquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen Zuchel, Stelzners Kohlenhandlung, Zingerrstraße, zu entnehmen.

Wittenfeld a. Hng. Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstützung bei D. Geyersdorf, Bismarckstraße 5.

Brandenburg a. S. Unterstützung zahlt G. Byrlau, R. Gartenstr. 43 und die Kassierer der Vereine.

Breslau. Arbeitsnachweis und 75 Pfg. Reisenernährung im Gewerkevereinsbüro Sebelstr. 156. Herberge bei Mennel Gies-Rath, Hauptstr. 263/265.

Obbela. Arbeitsnachweis und Besprechungskarten im Gewerkevereinsbüro Sebelstr. 156. Herberge bei Mennel Gies-Rath, Hauptstr. 263/265.

Duisburg. Arbeitsnachweis und Besprechungskarten im Gewerkevereinsbüro Hauptstr. 85. Herberge Döllingstr. 1.

Hamburg. Arbeitsnachweis: Gewerkevereinsbüro Markusstr. 18. Nachtquartier und Frühstück Rahlfen 16 b.